

GERICHTSURTEIL

ERPRESSUNG: Ein Kokaindealer erpresste einen Kollegen. Jetzt muss er noch vier Monate absitzen **SEITE 12**

STROMPREISE

ANSTIEG: Besitzer von Wärmepumpen sehen sich im Nachteil **SEITE 13**

FRÄULEIN WUNDER

TV-FILM: Stephanie Glaser nimmt die Pille und wird jung **SEITE 15**



Road-Pricing: Winterthur ist zurzeit allein

Obwohl sowohl Bund als auch Kanton das Road-Pricing von ihrer Traktandenliste gestrichen haben, muss der Stadtrat im Auftrag des Gemeinderats Strassengebühren für Winterthur prüfen. Die Umweltverbände sind mässig begeistert.

Ursprünglich wollte der Gemeinderat noch mehr: Per Motion sollte der Stadtrat beauftragt werden, dem Parlament einen Antrag vorzulegen, der die versuchsweise Einführung des Road-Prisings ermöglicht. Die Motion wurde dann jedoch zum Postulat abgeschwächt und am Montag von einer Mitte-Links-Mehrheit überwiesen.

Der Stadtrat hatte bisher betont, dass die Stadt kein Strassengebührensysteem nötig habe. Walter Bossert (SP) bleibt auch nach dem Parlamentsentscheid skeptisch: «Die Anzahl der Stautunden ist in Winterthur relativ gering.» Dennoch verspricht er, dass die Stadt alle Möglichkeiten seriös prüfen werde und die vom Gemeinderat gestellte Aufgabe vorurteilslos angehe. Bossert lässt offen, ob sein Departement den Bericht verfasst oder die Stadt einen Studienauftrag an ein externes Büro vergibt. Klar ist für ihn, dass in die Überlegungen einfließen

muss, welche Schritte andere Städte sowie Kanton und Bund unternehmen. «Ein isoliertes Projekt bringt nichts.» Mit seinem Plädoyer für das Road-Pricing steht das Parlament ziemlich allein. Denn Bund und Kanton haben



«Road-Pricing ist nur möglich, wenn Bund und Kanton mitmachen»

Walter Bossert (SP)

sich zumindest vorläufig aus der Diskussion ausgeklüftet: Nachdem die eidgenössischen Räte die Forderung aus dem Legislaturprogramm gekippt hatten, löste Regierungsrätin Rita Fuhrer (SVP) die Arbeitsgruppe des Kantons auf. Auch die Abklärungen der Stadt

Zürich sind damit ins Stocken geraten. Winterthur befindet sich in einer ähnlichen Situation, sagt Bossert. «Wenn der Bund kein Projekt lanciert, gibt es auch in Winterthur keinen Versuch.»

Die Umweltverbände fänden dies nicht allzu tragisch. «Eigentlich müssten die Bürgerlichen das Road-Pricing fordern, nicht die Linke», sagt Kurt Egli vom VCS. In Oslo beispielsweise fliesst das eingenommene Geld in den Strassenbau. Egli hat deshalb «lieber gar kein Road-Pricing als ein solches Modell». Eigentlich greife das System sowieso erst, sobald es landesweit als «leistungsabhängige Abgabe» eingeführt werde. Dass diese Idee politisch kaum umsetzbar ist, bestreitet Egli nicht. Er stört sich aber daran, «dass sich die Politik um die zentrale Frage drückt: Was passiert mit dem Geld?» Ohne eine Antwort darauf sei die Diskussion über das Road-Pricing müssig.

Bauvorsteher Bossert will den Bericht ans Parlament dazu nützen, möglichst viele Varianten darzulegen. Neben dem Road-Pricing gebe es zahlreiche weitere Möglichkeiten, den Stadtverkehr zu dosieren. «Die Parkplatzpolitik gehört dazu», sagt er, um

gleich nachzuschieben, dass der Stadtrat selbstverständlich am breit abgestützten Parkplatzkompromiss, der 660 zusätzliche Parkplätze in Altstadt-nähe vorschreibt, festhalte. Auch für Egli ist offen, ob Road-Pricing das beste Instrument zur Verkehrslenkung ist. In London hat die Kostenpflicht für Fahrten in die Innenstadt zwar für eine Attraktivitätssteigerung und bessere Auslastung der öffentlichen Verkehrsmittel geführt. «Aber dieser Effekt würde in Zürich ausbleiben», sagt Egli. Dort werden nämlich die Trams längst an den Lichtsignalen bevorzugt und verfügen oft über eigene Trassees, während die Strassen den ganzen Verkehr nur schwer schlucken können.

Wer bezahlen soll, ist offen

Neben Metropolen wie London, Rom oder Singapur haben auch die mit Winterthur eher vergleichbare Stadt Trondheim (165 000 Einwohner) oder die britische Kleinstadt Durham (43 000) das Road-Pricing eingeführt.

Für Bossert ist die Frage entscheidend, mit welchen Absichten das Gebührensystem lanciert wird: «Geht es darum, möglichst viel Geld einzuneh-

men oder nur die Verkehrsspitzen zu brechen?» Wenn einzig der Durchgangsverkehr am Morgen und am Abend belastet wird, fliesst zwar relativ wenig Geld in die Kasse, die Stras-



«Um die wichtigste aller Fragen drückt sich die Politik»

Kurt Egli (VCS)

sen stossen dafür nicht regelmässig an ihre Kapazitätsgrenzen. Dieses Modell versucht, nur jene Autos fernzuhalten, die das Fass sozusagen zum Überlaufen bringen und Staus verursachen.

Im letzten Frühling war eine breit angelegte Studie zum Schluss gekommen, dass Winterthur viel in ein Gebührensystem investieren müsste und wenig davon hätte, sowohl finanziell als auch verkehrstechnisch. «Das Kosten-Nutzen-Verhältnis muss sich verbessern, damit das System eine Chance hat», sagt Bossert. FELIX REICH



Die Feuerwehr hatte den Brand schnell unter Kontrolle. Trotzdem verwüsteten Feuer und Rauch die Wohnung; der Russ schwärzte die Küche. Bilder: Feuerwehr/Markus Heinzer

Flammen zerstören eine Dachwohnung in Wülflingen

In Wülflingen brannte eine Wohnung. Die Bewohnerin flüchtete mit Hilfe der Feuerwehr übers Dach und konnte so gerettet werden.

Vom Sofa ist nicht mehr viel übrig: Es ist nur noch ein angeschwärzter Klumpen aus Stoff, Polster und Holz, der am Tag nach dem Brand vor dem Haus liegt. Auch die Bilder, welche die Feuerwehr nach ihrem Einsatz gemacht hat, zeigen ein trauriges Bild: Die Wände sind schwarz, überall liegt Asche und die Möbel, die noch in der Wohnung stehen, sind derart verkohlt, dass man sie fast nicht mehr erkennt.

Die Feuerwehr wurde in der Nacht auf gestern um Viertel vor zwölf alar-

miert: Es brannte in einer Dachwohnung eines älteren Mehrfamilienhauses in der Nähe der katholischen Kirche Wülflingen. 46 Feuerwehrleute rückten mit acht Fahrzeugen zu dem Haus zwischen West- und Wülflingerstrasse aus, rund 20 Personen davon gehören zur freiwilligen Feuerwehr. Das laute Sirenengehul war für viele Anwohner entlang der Wülflingerstrasse zu hören.

Einige Fensterscheiben waren durch die Hitze bereits in Bruch gegangen, als die Löschfahrzeuge vor Ort eintrafen. Teilweise schlugen Flammen aus den Löchern im Glas. Trotzdem konnte der Brand rasch unter Kontrolle gebracht werden. Für die 41-jährige Mieterin kam die Rettung aber «in letzter Minute», sagt Feuerwehrkommandant

Jürg Bühlmann. Sie habe sich noch immer in der Wohnung befunden, als die Löschfahrzeuge eintrafen. Wegen des Rauches konnte die Frau nicht über das Treppenhaus fliehen, sie stieg

«Für die Mieterin der Wohnung kam die Rettung in letzter Minute»

Jürg Bühlmann, Feuerwehrkommandant

schliesslich mit Hilfe der Feuerwehr aufs Dach und wurde danach über die Leiter gerettet. Wegen leichter Brandverletzungen und Verdachts auf eine Rauchvergiftung wurde sie mit der

Ambulanz ins Spital gebracht. Auch ein Mann, der nebenan in einer Einzimmerwohnung lebt, konnte diese nur mit Hilfe der Feuerwehr verlassen. Er konnte aber noch übers Treppenhaus ins Freie gebracht werden. Die übrigen Bewohner hatten das Haus gemäss Mitteilung der Polizei selbst rechtzeitig verlassen können.

Die Ursache des Feuers ist noch nicht bekannt, die Spezialisten untersuchten den Brand, heisst es bei der Kantonspolizei. Sie beziffert den durch das Feuer verursachten Schaden auf über 100 000 Franken. In der Wohnung, in der das Feuer wütete, entstand grosser Brandschaden und die darunter liegende Etage wurde durch den Wassereinsatz beschädigt. IMARIUS BEERLI

Die Stadt soll mehr Lehrstellen bieten

Weil die Finanzkrise nach Einschätzung von Experten vor allem die Zahl von jugendlichen Arbeitslosen in die Höhe treiben wird, fordert SP-Gemeinderat Silvio Stierli, dass die Stadt ab 2010 mehr Lehrstellen für Jugendliche budgetiert. Mindestens zehn. Sein Postulat an den Stadtrat haben 30 Gemeinderätinnen und Gemeinderäte aus den Parteien FDP, SVP, EVP, AL und Grüne unterschrieben. Stierli weist darauf hin, dass die Stadt im Vergleich zum Bund und zu anderen Verwaltungen zwar bereits viele Lehrstellen anbiete. Allerdings müsse man der drohenden Arbeitslosigkeit entgegenretten. Und: «Die Erhöhung der Lehrstellen in der Stadtverwaltung ist ein kleiner Beitrag im Budget und zugleich ein wichtiges Signal an die Wirtschaft», schreibt er. (meg)

Aussprache zum Thema Verkehr

Der Stadtrat hat den Verein «Winterthur: agil-mobil» zu einer Aussprache getroffen. Ziel war es, die verkehrspolitischen Differenzen und Gemeinsamkeiten auszuloten, wie einer Mitteilung des Vereins zu entnehmen ist. Während man sich beim öffentlichen Verkehr (Bau des Brüttemer Tunnels, Ausbau der Angebote von S-Bahn und Bus) weitgehend einig ist, gehen die Interessen punkto Nationalstrassen auseinander.

Während sich der Stadtrat bis anhin vor allem für die Realisierung der Südostumfahrung einsetzte und einem Ausbau der A1 skeptisch gegenüberstand, möchte «agil-mobil» eine «schnelle Verbesserung der Verkehrssituation auf der A1». Die Südostumfahrung sollte gemäss dem Verein ein «eher langfristiges Ziel» sein. Laut dem Schreiben von «agil-mobil» brachte das Gespräch vom Samstag bezüglich dieser unterschiedlichen Strategien «erste Annäherungspunkte», diese müssten in Zukunft aber noch näher überprüft werden. (red)